



Standpunkt



Carl Mühlbach und Marina Guldemann vom Thinktank Fiscal Future.

Sondervermögen: Riesige Schritte in Richtung bessere Zukunft

Carl Mühlbach und Marina Guldemann

Das geplante Sondervermögen zur Infrastruktur könnte das Wachstum ankurbeln, wenn es mit kluger Wirtschaftspolitik flankiert wird, schreiben Carl Mühlbach und Marina Guldemann vom Thinktank Fiscal Future. Auch die Lockerung der Schuldenbremse sei ein richtiger Schritt zu handlungsfähiger Finanzpolitik.

„Dreifach-Wumms“, „Bazooka“, „Whatever it takes“ – der Sondierungsbeschluss von Union und SPD zur Finanzierung von Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben hat im politischen Berlin für ein Beben gesorgt. Klar ist: Die neue Bundesregierung braucht einen durchgerechneten Finanzplan, sonst

kann sie nicht funktionieren. Das haben die Sondierer von SPD und CDU erkannt. Mit ihrem Beschluss haben sie einen wichtigen Schritt in Richtung zukunftsorientierter und handlungsfähiger Finanzpolitik gemacht.

Dass Deutschland vor riesigen finanziellen Herausforderungen steht, ist in der Wissenschaft schon lange Konsens. Der Bedarf an zusätzlichen öffentlichen Investitionen wurden im letzten Jahr von verschiedenen Forschungseinrichtungen auf 60 bis 80 Milliarden Euro im Jahr geschätzt. Hinzu kommt die veränderte geopolitische Lage seit dem erneuten Amtsbeginn von Donald Trump. Der Sondierungsbeschluss zeigt, dass sich die Finanzpolitik der kommenden Legislaturperiode an den tatsächlichen Bedarfen im Land orientiert. Dazu gehören sowohl das Sondervermögen für die Infrastruktur in Höhe von 500 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre als auch die Ausnahme von Verteidigungsausgaben jenseits von ein Prozent des BIP von der Schuldenbremse.

Jetzt zu investieren, zahlt sich ökonomisch aus. Wenn das Sondervermögen Infrastruktur mit einer klugen Wirtschaftspolitik flankiert wird, und somit das Wachstum ankurbelt, könnte das Sondervermögen in seiner Gesamtwirkung eine langfristige Senkung der Schuldenquote bewirken. Auch für zukünftige Generationen muss jetzt investiert werden. Die Kosten von versäumten Investitionen, etwa beim Klimaschutz, würden sonst von jungen Menschen getragen werden müssen.

Diese Woche wurde ebenfalls vereinbart, dass die Schuldenbremse bis Ende des Jahres grundlegend reformiert wird. Dies ist dringend notwendig, um verbliebene Finanzierungslücken zu schließen und die Handlungsfähigkeit der künftigen Regierung sicherzustellen. Ökonomisch sinnvolle Investitionen dürfen nicht mehr unter kurzfristigen Haushaltszwängen leiden.

Eine grundsätzliche Reform der Schuldenbremse wird ebenfalls von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht. Das zeigt eine gestern veröffentlichte repräsentative Umfrage von YouGov im Auftrag des Thinktanks FiscalFuture. 56 Prozent der Befragten stimmen zu, dass die Schuldenbremse reformiert oder abgeschafft werden soll, um Investitionen ohne Sondervermögen zu

ermöglichen, nur 27 Prozent sind dagegen.

Für die Befragten ist ebenfalls wichtig, dass das Sondervermögen nicht nur für klassische Infrastruktur wie Schienen und Straßen, sondern auch für Bildung und Krankenhäuser genutzt werden soll. In der Umfrage wurde abgefragt, in welche Bereiche – zusätzlich zur Verteidigung – am dringendsten investiert werden sollte. Die vier am häufigsten gewählten Bereiche:

- Bezahlbares Wohnen (48 Prozent)
- Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit (41 Prozent)
- Gesundheitsversorgung (40 Prozent)
- Bildung (32 Prozent)

Außerdem liegt ein Großteil der öffentlichen Investitionsbedarfe bei den Kommunen. Allein der kommunale Investitionsstau beträgt 186 Milliarden Euro. Grundsätzlich wurden Länder und Kommunen bei der gestrigen Einigung bedacht: So stehen ihnen 100 der 500 Milliarden Euro aus dem Infrastrukturfonds zu. Zudem wird den Ländern ein jährlicher Kreditspielraum in Höhe von 0,35 Prozent des BIP erlaubt. Damit die Gelder ankommen, ist es wichtig, dass die Länder die Mittel auch an die Kommunen weitergeben. Und auch das Problem der kommunalen Altschulden muss von der neuen Koalition angegangen werden.

Das vorgeschlagene Finanzpaket sendet auch eine wichtige Nachricht an die europäischen Partner im Hinblick auf das heutige Treffen in Brüssel. Im Vorfeld hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen Plan vorgelegt, die europäischen Verteidigungsausgaben um bis zu 800 Milliarden Euro zu erhöhen. Der Kern: Ausnahmen für Verteidigungsausgaben von den EU-Schuldenregeln. Denselben Mechanismus sieht nun auch die Einigung der Sondierer im Hinblick auf die deutsche Schuldenbremse vor. Das erlaubt es der neuen Bundesregierung, wesentlich zum neuen EU-Verteidigungsfonds beizutragen.

Der Druck auf Deutschland als zweitgrößten militärischen Unterstützer ist hoch. Besonders vor dem Hintergrund, dass die USA ihre Waffenlieferungen und ihre geheimdienstliche Unterstützung für die Ukraine eingestellt haben. Es

ist ein wichtiger Schritt, dass Deutschland bei der Neuauflage der EU-Verteidigungsfinanzierung nun nicht mit leeren Händen dasteht, sondern seinen Partnern gegenüber bereit ist, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Carl Mühlbach ist Geschäftsführer bei Fiscal Future, einem überparteilichen Thinktank, der sich für eine zukunftsfähige Finanzpolitik einsetzt. Marina Guldemann ist Junior Economist bei Fiscal Future.